



SITZUNGSVORLAGE

Thema: ÖPNV und Corona; Anfrage der CDU Kreistagsfraktion

Frühere Beratungen: Keine

Anlagen: Anlage 1: Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.06.2020
Anlage 2: Maßnahmenliste Kommunikation Elektronische Fahrscheine

Sachvortrag : Herr Rupert Mayer, Amt für Kreisentwicklung und Baurecht **Zeitdauer (ca.):** 15 Min.

Beschlussvorschlag: Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Ausschuss für Nahverkehr	Kenntnisnahme	08.07.2020	nicht öffentlich
Kreistag	Kenntnisnahme	28.07.2020	öffentlich

Finanzielle Auswirkungen (mit der Kämmerei abzustimmen!): ja nein

Aufwendungen/Auszahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Aufwand	_____ Euro	Einmalige Auszahlung	_____ Euro
Jährlicher Aufwand	_____ Euro	Jährliche Auszahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Aufwand 1. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 1. Jahr	_____ Euro
Aufwand 2. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 2. Jahr	_____ Euro
Aufwand 3. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 3. Jahr	_____ Euro
Aufwand 4. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Abschreibung	_____ Euro

Erträge/Einzahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Ertrag	_____ Euro	Einmalige Einzahlungen	_____ Euro
Jährliche Erträge	_____ Euro	Jährliche Einzahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Ertrag 1. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 1. Jahr	_____ Euro
Ertrag 2. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 2. Jahr	_____ Euro
Ertrag 3. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 3. Jahr	_____ Euro
Ertrag 4. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Auflösung	_____ Euro

Mittelbereitstellung im Haushalt:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Zur Verfügung stehende Mittel: _____ Euro

ggf. noch bereit zu stellen: _____ Euro

Deckungsvorschlag:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Medien: PowerPoint pdf-Datei CD/DVD Stick

Sofern Präsentationen erforderlich werden, lassen Sie diese bitte mindestens fünf Tage vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle Kreistag zukommen.

Elektronisch mitgezeichnet von:

<input checked="" type="checkbox"/> Landrat	<input type="checkbox"/> Dezernat 1	<input checked="" type="checkbox"/> Dezernat 2
<input type="checkbox"/> Dezernat 3	<input type="checkbox"/> Dezernat 4	<input type="checkbox"/>

1. Ausgangslage:

Die CDU-Fraktion im Kreistag des Bodenseekreises hat mit ihrer Anfrage vom 08.06.2020 die Landkreisverwaltung gebeten, über die aktuelle ÖPNV-Entwicklung zu berichten.

2. Sachverhalt:

Im Kreistag wurde am 17.12.2019 beschlossen, den jährlichen Zuschuss für den ÖPNV ab dem Jahr 2020 um 1 Mio. Euro und ab dem Jahr 2021 um weitere 1,9 Mio. Euro zu erhöhen, um damit eine Qualitäts- und Angebotsverbesserung zu erreichen.

Ein Großteil der im Jahr 2020 geplanten Maßnahmen sollte Anfang April 2020 umgesetzt werden. Die zusätzlichen Fahrten waren Anfang März sogar bereits in den Auskunftssystemen hinterlegt.

Die unvorhersehbare Ausbreitung der COVID-19-Pandemie hat starke negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit sich gebracht. Bereits mehr als 725.000 Betriebe haben Kurzarbeit für ihre Mitarbeitende angemeldet. Zudem stoppen Unternehmen derzeit Neueinstellungen.

Auch der Sektor des öffentlichen Personennahverkehrs (sowohl straßen- als auch schienengebunden) spürt die Auswirkungen der Corona-Pandemie sehr deutlich. Die COVID-19-Pandemie hatte einen zeitweiligen Fahrgastrückgang von 70 bis 90 % im ÖPNV innerhalb des Bodenseekreises zur Folge. Aufgrund des starken Nachfrageeinbruchs ausgelöst durch Home-Office, zeitweilige Schul-, Betriebs- und Geschäftsschließungen und dem damit verbundenen schlagartigen Einnahmееinbruch, wurden seit dem 23.03.2020 die ÖPNV-Fahrpläne ausgedünnt. Auch weil viele Fahrgäste aus Angst vor einer Infektion auf das Auto umsteigen, ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft deutlich weniger Pendlerverkehre stattfinden.

Dennoch halten die Verkehrsunternehmen ein leistungsfähiges Grundangebot aufrecht. Mit der Beendigung der Beschränkungen wird das Angebot nunmehr wieder Schritt für Schritt auf 90 bis 100% des regulären Fahrplans erhöht.

Die Verwaltung beantwortet im Folgenden die Fragen der CDU-Anfrage:

Frage 1: Gibt es seitens der RAB und im Tarifverbund bodo einen klaren Zeitplan zur Rückkehr zum fahrplanmäßigen Betrieb, wie sieht dieser Plan konkret aus?

In Abstimmung mit bodo und den Verkehrsunternehmen ist die Rückkehr zum fahrplanmäßigen Betrieb in mehreren Schritten geplant bzw. teilweise schon erfolgt. Der Regionalbusverkehr wurde mit Eintritt der Pandemie Ende März auf einen Sonderfahrplan umgestellt, der in etwa dem Samstagsfahrplan entsprach. Mit der schrittweisen Wiederaufnahme des Schulbetriebs wurde zum 04.05.2020 das Fahrplanangebot erstmals wieder hochgefahren. Am 15.06.2020 wurden die Schulen wieder für alle Jahrgänge geöffnet. Seit diesem Tag wird nach gut drei Monaten erstmals wieder das komplette Zugangebot gefahren. Im Regionalbusbereich wird das Angebot ebenfalls ausgebaut. Jedoch wird erst mit dem Schulstart nach den Sommerferien wieder das volle Fahrplanangebot im Regionalbusverkehr im Bodenseekreis gefahren.

Frage 2: Gibt es konkrete Aussagen dazu, wann die Linien aufgenommen werden?

Diese Frage bezieht sich auf das vom Kreistag beschlossene Paket zum Ausbau des fahrplanmäßigen Angebots.

Es ist vorerst das Ziel, das ursprüngliche Fahrplanangebot wiederherzustellen. Die Busunternehmen im Kreisgebiet befinden sich aufgrund der schlagartig wegbrechenden Einnahmen, wie andere Wirtschaftsbereiche, in einer wirtschaftlich schlechten Situation. Fahrgeldeinnahmen stellen die Basisfinanzierung der Verkehrsunternehmen dar. Deutschlandweit rechnet man damit, dass den Verkehrsunternehmen für das Jahr 2020 Fahrgeldeinnahmen in Höhe von insgesamt ca. 5,2 Mrd. Euro fehlen werden. Innerhalb des Verkehrsverbundes bodo geht man inzwischen davon aus, dass von den ca. fast 45 Mio. Euro Einnahmen nur ca. 36 Mio. Euro erreicht werden. Das entspricht einem relativen Rückgang von 20 % (ca. 9 Mio. Euro).

Die Fahrgastzahlen entwickeln sich dynamisch - sie liegen aktuell auf etwa 40 bis 45 % des Vorkrisenniveaus – und legen zunächst ein stufenweises Stabilisieren des Bestandsverkehrs nahe. Die niedrige Auslastung und die Unwägbarkeiten in Bezug auf die künftige Auslastung rechtfertigen zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Angebotsausbau über den Vorkrisenbestand hinaus. Aus diesen Gründen geht die Verwaltung davon aus, dass fast alle geplanten Angebotsverbesserungsmaßnahmen im Bodenseekreis nicht vor 2021 realisiert werden können. Sobald die Fahrgastzahlen wieder in dem Maß ansteigen, dass ein Angebotsausbau für die Verkehrsunternehmen wirtschaftlich vertretbar und verkehrswirtschaftlich sinnvoll ist, werden die Maßnahmen wie vom Kreistag beauftragt umgesetzt.

Frage 3: Die CDU-Fraktion erbittet einen Bericht der Landkreisverwaltung zur Verwendung der Mittel, die für diese Zwecke seither wegen der nicht durchgeführten Fahrten nicht benötigt wurden.

Die für das Jahr 2020 bewilligten 1 Mio. Euro waren für Maßnahmen vorgesehen, die ganzjährig gefahren werden. Die Aufnahme der zusätzlichen Verkehre war für Anfang April 2020 geplant. Da ein halbes Jahr vergangen ist und keine Maßnahme umgesetzt werden konnte, sind bislang etwa 0,5 Mio. Euro eingespart worden.

Wie unter Antwort 2 erwähnt, fehlen 2020 voraussichtlich verbundweit Fahrgeldeinnahmen in Höhe von ca. 9 Mio. Euro. Inwiefern angekündigte Rettungsschirme von Bund und Land dieses Defizit abmildern, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Bisher sind aber rund 235.000 Euro Soforthilfe für Schülermonatskarten, öffentliche Dienstleistungsaufträge und freigestellte Schülerverkehre an die Verkehrsunternehmen geflossen.

Die Liquidität und teilweise auch der Fortbestand von Verkehrsunternehmen im ÖPNV sind gefährdet, da die Erträge drastisch zurückgehen und sich so schnell auch nicht wieder erholen werden. Diese Fahrgeldeinbußen können durch die Marktnachfrage im Folgezeitraum nicht mehr kompensiert werden. Wir gehen davon aus, dass dieser Prozess noch länger andauern wird und sich die wirtschaftliche Situation bei den Unternehmen noch weiter anspannt.

Es wächst die Gefahr, dass sich Verkehrsunternehmen von der Betriebspflicht nach PBefG ganz oder teilweise entbinden lassen. Falls ein Betrieb unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr eigenwirtschaftlich leistbar ist, können Verkehrsunternehmen von dieser Maßnahme Gebrauch machen.

Frage 4: Die CDU-Fraktion erbittet einen Bericht der Landkreisverwaltung darüber, ob im Tarifverbund bodo geplant ist, Kunden offensiver über die bereits bestehenden Möglichkeiten des Handy-Tickets und der eCard zu informieren und damit deren Verwendung und Akzeptanz auszuweiten

Der Verkehrsverbund bodo bewirbt bereits seit einigen Jahren seine vorhandenen digitalen Fahrscheinangebote durch gezielte Aktionen und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Die in Deutschland vorhandene Zurückhaltung bei handygestützten Bezahl- und Ticketverfahren und die latente Furcht vor missbräuchlicher Datennutzung hemmen allerdings eine Verbreitung, wie sie z. B. in den Niederlanden und in Skandinavien vorhanden ist. In Deutschland ist auch das berührungslose Kleinbetragsbezahlen, z. B. im Einzelhandel, bei Veranstaltern oder bei Behörden, noch wenig verbreitet, was als negatives „Umfeld“ für solche innovativen Angebote gilt. Erschwerend wirkt die unzulängliche Netzabdeckung mit der Folge, dass die datenfunktgestützten Funktionen bei mobilen Endgeräten nicht im erwarteten Maße verfügbar sind.

Die Infektionsschutzscheiben werden in den Bussen im Kreisgebiet zunehmend installiert und damit allmählich der Fahrerverkauf wiederaufgenommen. Die Verkehrsunternehmen haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, per 15.06.2020 flächendeckend auf allen Linien den Fahrer-Verkauf wiederaufzunehmen. Aufgrund der hohen Marktnachfrage gibt es allerdings hohe Wartezeiten für Infektionsschutzscheiben, weshalb nicht schon früher alle Busse umgerüstet werden konnten. Die Verkehrsunternehmen, wie auch der Verkehrsverbund bodo, haben von Krisenbeginn an über die Medien stark darauf aufmerksam gemacht, dass Fahrgäste ihre Fahrscheine alternativ in den bodo-Mobilitätszentralen sowie über die Fahrscheinautomaten erwerben können. Beworben wurden dabei explizit die bestehenden digitalen Vertriebskanäle im bodo - die eCard und das Handyticket (HandyTicket Deutschland / DB Navigator). Die eCard profitiert von der Krise und konnte nachfrageseitig deutlich zulegen, insbesondere bei den älteren Menschen.

Die Analyse des bodo zeigt folgendes Bild:

März 2019 = 176 Neukunden;	März 2020 = 429 Neukunden
April 2019 = 62 Neukunden;	April 2020 = 263 Neukunden
Mai 2019 = 102 Neukunden;	Mai 2020 = 566 Neukunden.

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist die Nachfrage nach der eCard krisenbedingt um 370% gestiegen, was den Erfolg der Kommunikation als auch des Vertriebswegs unterstreicht.

Der weitere Ausbau der Digitalangebote im bodo ist derzeit in Vorbereitung, hierfür sind Investitionen in niedriger sechsstelliger Größenordnung zu leisten und entsprechende konzeptionelle Vorarbeiten zu leisten. Eine vollständige Umsetzung wird daher erst mittelfristig realistisch sein. Kurzfristig ist der Verkauf von Einzelfahrscheinen und Tageskarten über einen Online-Webshop der RAB ab Herbst 2020 als Pilotprojekt vorgesehen. Darüber hinaus werden die Einwohner aus dem bodo-Verbundgebiet mit ihrer eCard auch die Vorzüge der Echt-Bodensee-Card nutzen können. Hierzu zählen die 185 Vorteile und Vergünstigungen bei vielen Ausflugszielen und Freizeitangeboten am Bodensee. Die Markteinführung bereiten bodo und DBT kurzfristig zum Beginn der Sommerferien 2020 unter dem neuen Markennamen EBC HOME vor.

Dadurch, dass es aufgrund der Kontaktbeschränkungen nicht zu verantworten war, Fahrscheinkontrollen durchzuführen, wurde der ÖPNV mutwillig zum Schwarzfahren genutzt. Bei anfänglichen Fahrscheinkontrollen im Mai wurden Schwarzfahrerquoten von bis zu 50 % beobachtet. Trotz der vermehrten Ausgabe der bodo eCard konnte auch bei dieser Nutzer-

gruppe wahrgenommen werden, dass nur selten bei den Fahrten ein- und ausgecheckt wurde. Nachdem sich nun herumgesprachen hat, dass Fahrscheinkontrollen wiederaufgenommen wurden, hat sich der Schwarzfahreranteil im Verbundgebiet verringert. Es konnte festgestellt werden, dass sich nun die Mehrheit der Fahrgäste darum bemüht, einen Fahrschein auf einem alternativen Weg gegenüber dem Kauf beim Busfahrer zu erhalten. Hier erlebt die eCard gerade mit täglich rund 30 Kartenanfragen einen gewissen Nachfrageboom.

In der Anlage sind die detaillierten Maßnahmen zum Verkauf elektronischer Fahrscheine aufgelistet. Darüber hinaus gibt bodo in Kürze noch einen Flyer heraus, der die Schritte zum Erwerb elektronischer/mobiler Fahrscheine darstellt. Nach dem Motto: So geht´s - in wenigen Schritten zum HandyTicket/DB Navigator Ticket bzw. eCard Bestellung/Check-in/Check-out.

Ebenfalls sind bereits kurze Videos fürs Social Web "So gehts" in Bearbeitung.

3. Finanzielle Auswirkungen:

Keine.